

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

K 0225/2021 (VWD)

Kleine Anfrage Barbara Leibundgut (FDP.Die Liberalen, Bettlach): Fragwürdige Anmeldungen insbesondere von rumänischen Staatsangehörigen in Gemeinden (17.11.2021)

Bei einigen Einwohnergemeinden häufen sich Anmeldungen von Personen aus Rumänien, die sich in grösseren Gruppen teilweise in kleinen Wohnungen anmelden und Arbeitsverträge von dubiosen Firmen vorweisen. Da Rumänien EU-Mitglied ist, brauchen rumänische Staatsangehörige keine Arbeitsbewilligung für die Anmeldung, somit ist das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) nicht involviert.

Für die Anmeldung bei einer Einwohnergemeinde müssen Personen, die unter das Abkommen zur Personenfreizügigkeit fallen, einen Mietvertrag vorlegen können. Auffallend ist, dass sehr viele Personen in derselben Wohnung angemeldet werden. Auch müssen solche Personen einen Arbeitsvertrag vorweisen. Hier ist aufgefallen, dass Arbeitsverträge von Firmen vorgelegt werden, welche nicht im Handelsregister eingetragen sind oder deren Handelsregistereintrag geändert oder gelöscht wird. Gemäss Verband Schweizerischer Einwohnerdienste handelt es sich um einen Clan, der aus Deutschland agiert und dem verschiedene Straftaten wie gewerblicher Betrug, Geldwäscherei, Inverkehrbringung von Falschgeld und das Erschleichen von Leistungen vorgeworfen werden. Insbesondere ältere Menschen gehören offenbar zum Beuteschema (Enkeltrick).

Fragen:

1. Ist die oben beschriebene Problematik der Regierung bekannt?
2. Wurden im Kanton Solothurn auch solche Anmeldungen festgestellt?
3. Welche Massnahmen werden zum Schutz der Bevölkerung durch kantonale Amtsstellen getroffen?
4. Welche Möglichkeiten haben die Gemeinden, um solche Anmeldungen zu verhindern?
5. Welche zusätzlichen Massnahmen sollten durch die Einwohnergemeinden vorgenommen werden?
6. Arbeiten die Kantone in diesem Bereich zur Prävention zusammen?
7. Wie können (offensichtlicher) Missbrauch und Straftaten in diesem Zusammenhang über alle Staatsebenen hinweg verhindert werden?

Begründung 17.11.2021: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Barbara Leibundgut (1)